

AT

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses

Protokoll

13. Sitzung (nicht öffentlich)

11. Oktober 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.00 Uhr bis 12.20 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Bensmann (CDU)

Stenograph: Endres

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Offene Punkte aus den Haushaltsberatungen 1991

1

Der Unterausschuß kommt überein, auch weiterhin offene Punkte regelmäßig zu behandeln.

2 Information über den Sachstand der Beratungen in der Arbeitsgruppe "Fluggastkontrolle"

6

Der Unterausschuß diskutiert unter anderem über 42 Stellen für den sogenannten Lagedienst.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
13. Sitzung

11.10.1991
es-pr

Seite

**3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992
(Haushaltsgesetz 1992)**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

9

Der Unterausschuß befaßt sich mit:

Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten
Einzelplan 13 - Landesrechnungshof
Einzelplan 01 - Landtag

Beschlüsse werden noch nicht gefaßt.

4 Einsatz von Mitarbeitern des Landes Nordrhein-Westfalen im Land Brandenburg

Vorlage 11/783

13

Siehe Diskussionsteil.

5 Verschiedenes

18

Siehe Diskussionsteil.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
13. Sitzung

11.10.1991
es-pr

Auf eine Frage des **Vorsitzenden** gibt **LMR Kahler (MSV)** Auskunft über die Fluggastkontroll-Organisation in Dortmund-Wickede. Die hoheitlichen Aufgaben des Lagedienstes würden von Düsseldorf aus versorgt. In Dortmund-Wickede gebe es keine Landesbediensteten in der Fluggastkontrolle. - Dieses Personal stellten die jeweiligen Flughafengesellschaften in Dortmund-Wickede und Paderborn zur Verfügung, für die sie aus dem Einzelplan des MSV Kosten erstattet bekämen, ergänzt **Oberregierungsrat Wittrock (Innenministerium)**.

Der **Vorsitzende** bittet die Vertreter der Landesregierung, den Unterausschuß zu informieren, sobald zum Thema Fluggastkontrolle ein Zwischenbericht vorliege oder das Kabinett eine Entscheidung dazu getroffen habe.

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1992 (Haushaltsgesetz 1992)

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/2450

Einzelplan 09 - Minister für Bundesangelegenheiten

Die Anhebung einer Planstelle der Besoldungsgruppe A 16 auf eine Besoldungsgruppe B 2 im Haushaltsplanentwurf nimmt der **Unterausschuß** ohne Beratung zur Kenntnis.

Ministerialdirigent Weber (Ministerium für Bundesangelegenheiten) erläutert die Verlagerung einer Stelle der Vergütungsgruppe VI b/V b BAT aus dem Einzelplan 03 in den Einzelplan 09. Hierbei handele es sich um eine Stelle als Systemverwalter des Bürokommunikationssystems, die deswegen im Einzelplan 03 angesiedelt war, weil das Innenministerium bisher für die Errichtung des neuen Computersystems in der gesamten Landesverwaltung zuständig gewesen sei. Der langjährige Prozeß sei nun abgeschlossen, und jedes Ressort erhalte jetzt einen Systemverwalter zugewiesen. Die Verlagerung der Stelle diene der Haushaltsklarheit.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
13. Sitzung

11.10.1991
es-pr

Der **Vorsitzende** meint, daß die Ausweisung einer zusätzlichen Stelle der Vergütungsgruppen VI b/VII BAT nur dann Sinn mache, wenn der kw-Vermerk entfalle. Nur so erhalte man eine geeignete Kraft für den Büro- und Schreibdienst. - Dieser Auffassung schließen sich die **Abgeordneten Harms (SPD)** und **Wickel (F.D.P.)** an.

MR Dr. Wild (FM) gibt demgegenüber zu bedenken, daß es Konsequenzen in anderen Bereichen zwangsläufig haben müßte, wenn diese Stelle aus dem kw-Pool ohne kw-Vermerk ausgewiesen würde; dies widerspräche auch dem über alle Fraktionen hinausgehenden Willen und einem entsprechenden Beschluß der Landesregierung, diese Stellen zum 31.12.92 kw zu stellen.

Der **Vorsitzende** entgegnet, daß man differenzieren müsse, ob es sich um ein großes oder kleines Ressort handele. Gleichzeitig gebe er zu bedenken, daß in diesem Ressort die angestrebte Vorgabe des Verhältnisses einer Schreibkraft zu Diktatberechtigten mit 1 : 7,5 mehr als erfüllt sei. Nur wenn sich ein kw-Vermerk auch realisieren lasse, sei dieser sinnvoll.

Abgeordneter Harms (SPD) hält die Befürchtung, daß hier ein Präjudiz geschaffen werden könnte, für durchaus berechtigt.

MD Weber (MBA) hält es für realistischer, in diesem Fall den kw-Vermerk zu streichen. Ansonsten stehe man hinsichtlich der Relation Referenten zu Sekretärin nach einem Jahr vor dem gleichen Problem.

Abgeordneter Frechen (SPD) knüpft an die Ausführungen von Herrn Dr. Wild und Herrn Harms an und regt an, über eine mögliche Präjudizwirkung einmal grundsätzlich zu diskutieren. In der Sache stimme er der Streichung des kw-Vermerks zu.

Der **Vorsitzende** bringt nunmehr den Aspekt der Besetzungssperre laut Haushaltsgesetz in die Diskussion. - Sie gelte jedoch nicht für diese Stellen, wendet **MR Dr. Wild (FM)** ein.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
13. Sitzung

11.10.1991
es-pr

Abgeordneter Schittges (CDU) hält es für wichtig, einen Überblick über Stellen ohne Besetzungssperre in anderen Einzelplänen zu bekommen. - Dieser müsse noch gesondert zusammengestellt werden, entgegnet **MR Dr. Wild (FM)**. Hierbei handele es sich um Stellen, die unter dem Stichwort "kw-Pool" genannt worden seien. - Der **Vorsitzende** bittet darüber hinaus den Gutachterdienst - wenn nicht bereits erfolgt -, darauf sein Augenmerk zu legen. - Dies sei insbesondere deshalb notwendig, ergänzt **MR Dr. Wild (FM)**, da die Besetzungssperre mit der Ausbringung einer Stelle mit kw-Vermerk und einer kurzen Laufzeit inkompatibel sei.

MD Weber (MBA) erneuert für sein Ministerium die Selbstbindung, daß nach Freiwerden der B 7-Stelle die Wiederbesetzung grundsätzlich nur im Einvernehmen mit dem Hauptausschuß und dem Unterausschuß erfolge.

Einzelplan 13 - Landesrechnungshof

wird ohne Beratung zur Kenntnis genommen.

Einzelplan 01 - Landtag

Der **Vorsitzende** begrüßt zunächst den zu diesem Punkt hinzugekommenen Direktor beim Landtag Große-Sender und erteilt ihm das Wort zu einigen Bemerkungen vorab.

Direktor beim Landtag Große-Sender führt aus, im April 1991 habe das Präsidium des Landtags den Haushaltsplanentwurf 1992 verabschiedet und sieben neue Stellen beschlossen, die der Finanzminister mit kw-Vermerken versehen habe. Wie andere kleine Ressorts sei auch der Landtag nicht in der Lage, diese Stellen bei dem kleinen Personalbestand zu erwirtschaften. Bei Berücksichtigung der Stellenbesetzungssperre könnte eine solche Stelle nur drei Monate besetzt werden. Das käme praktisch einer Streichung gleich. Er bitte den Unterausschuß dringend, diese Stellen zu erhalten und den Wegfall der kw-Vermerke zu beschließen. Nachdem der Haushaltsplanentwurf durch den Finanzminister vorgelegt worden sei, habe sich das Präsidium erneut damit befaßt und einmütig für den Wegfall der kw-Vermerke plädiert.

Unterausschuß "Personal"
des Haushalts- und Finanzausschusses
13. Sitzung

11.10.1991
es-pr

In seiner Begründung für die Schaffung der zusätzlichen Stellen verweist der Direktor auf die zwangsläufigen Vorgaben des Parlamentsbetriebs wie das Hinzukommen einer vierten Fraktion, die große Zahl der Überhangmandate sowie die drastische Steigerung der Parlamentspapiere, zum Beispiel die Drucksachen mit einer Steigerung von über 79 % gegenüber 1985/86.

Nachdrücklich werbe er für die Stellen im Bereich der Dokumentation, die in der Bundesrepublik einen einmaligen Stellenwert einnehme und von allen gelobt werde. Viele Parlamentarier bedienten sich dieser Einrichtung als einer außerordentlich zweckmäßigen und nützlichen Hilfestellung für die Parlamentsarbeit. Des weiteren werde zunehmend beobachtet, daß auch die Landesregierung sich dieser Institution bediene. Darüber hinaus habe man auch den neuen Bundesländern in diesem Bereich Hilfestellungen geben können.

Der gleiche Sachverhalt gelte für die Poststelle, für die eine Zusatzkraft unbedingt nötig sei, wenn man die steigenden Zahlen bei Drucksachen, Zuschriften usw. mit einer Steigerung von kaum unter 50 % sowie wesentliche Steigerungsraten des Postvertriebs nach außen und intern betrachte.

Er appelliere an die Unterausschußmitglieder, die vorgeschlagenen Stellen mit zu beschließen, damit das Leistungsniveau der Landtagsverwaltung in den genannten Bereichen nicht ernsthaft gefährdet werde. Dabei müsse zusätzlich bedacht werden, daß der Landtag im Gegensatz zu anderen Ressorts nicht die Möglichkeit habe, einen Notstand mit Hilfe nachgeordneter Behörden zu beheben.

Unter den besagten Stellen sei auch eine, die für die Abrechnungen von Abgeordneten zuständig sei und deren Besetzung eine fristgerechte Zahlung der Ansprüche wie bisher gewährleisten könne.

Abgeordneter Wickel (F.D.P.) sieht Aufklärungsbedarf hinsichtlich der sieben Stellen, die für Fraktionsmitarbeiter vorgehalten würden, die bei den Fraktionen tätig sind. - Das seien die Stellen, erläutert **Direktor beim Landtag Große-Sender**, deren Stelleninhaber zu den Fraktionen abgeordnet seien. Früher habe es sich hier um acht Stellen, je vier für die beiden großen Fraktionen, gehandelt. Eine Stelle sei inzwischen mit einem Ansatz von 60 000 DM im Haushalt etatisiert. Nach einem alten Wunsch des Rechnungshofes und im Einvernehmen mit den Fraktionen würden die übrigen sieben Stellen ebenfalls zügig realisiert. Den Fraktionen stünde für jede Stelle ein Ansatz von 60 000 DM zur Verfügung. Dies gelte zum Beispiel für die F.D.P.-Fraktion, aber auch für die Fraktion DIE GRÜNEN.